

Mal nachgefragt!

Wie gehen Kommunen mit Herausforderungen im Klimaschutz um?



Stephan Latzko
Klimaschutzbeauftragter
Hansestadt Stralsund
Mecklenburg-Vorpommern
ca. 59.000 Einwohner*innen



TIPPS

... für den Weg zur Klimaneutralität

Die Debatte um das Erreichen der Klimaneutralität sollte sachlich und lösungsorientiert geführt werden. Eine emotional aufgeheizte Diskussion ist nicht hilfreich, um in der Sache weiterzukommen. Die Klimaneutralität sollte nicht im Vordergrund der Debatte stehen, obgleich das Erreichen als kommunale Entwicklungsperspektive aufgezeigt werden sollte. Wie wird Klimaneutralität definiert? Ist die Fokussierung auf Treibhausgasneutralität im Sinne einer möglichen, erfolgreichen Umsetzung nicht zielführender? Bezieht sie sich auf die kommunale Verwaltung oder ist sie für die Gesamtstadt anzusetzen? Diese Auslegung muss jede Kommune für sich vornehmen. Für das Gelingen sollte zunächst einmal eine Bestandsaufnahme gemacht werden, um zu klären, was die Kommune bereits leistet. Dann gilt es, konkrete Ansatzpunkte für Klimaschutzmaßnahmen zu identifizieren und diese möglichst in ohnehin laufende und geplante Aktivitäten zu integrieren. Wo es keinerlei Möglichkeiten zur Reduktion von CO₂-Emissionen gibt, muss gegebenenfalls auch über Möglichkeiten der Kompensation nachgedacht werden. Zur Finanzierung konkreter Maßnahmen sollte unbedingt die bestehende Förderkulisse des Bundes genutzt werden.

Wie ist Klimaschutz in der Kommune verankert, und wo zeigt er Wirkung?

Seit 2011 auf Klimaschutzkurs

Grundlage für die Klimaschutzaktivitäten der Hansestadt Stralsund ist das im Jahr 2011 beschlossene Klimaschutzkonzept. Die meisten Maßnahmen des Konzeptes sind bereits „abgearbeitet“ und umgesetzt, z.B. Ökostrom in sämtlichen Gebäuden der Stadt oder der Ausbau des Fernwärmenetzes. Ein Teil der Maßnahmen ist aber aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen nicht mehr zeitgemäß. Im Rahmen der seit Januar 2022 novellierten Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums wird deshalb gerade die Beantragung von Fördermitteln zur Erstellung eines Vorreiter-



konzepts vorbereitet. Darin ist auch das Ziel „Erreichen der Klimaneutralität bis zum Jahr 2040“ verankert. Für die kommunale Verwaltung soll Klimaneutralität bereits 2035 erreicht werden. Das Konzept soll verschiedene Maßnahmen enthalten, um Energieeinsparungen insbesondere in den Handlungsfeldern Energie, Mobilität

sowie Landwirtschaft und Ernährung zu bewirken und den Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen zu reduzieren. Mit der nun anstehenden Aktualisierung wird auch eine gewisse Neuausrichtung der Klimaschutzaktivitäten einhergehen.

Erfreulich ist auch, dass viele Entwicklungen aus der Wirtschaft positiv zum Klimaschutz beitragen. So sind die Stadtwerke aktiv geworden: Der Anteil erneuerbarer Energieträger in der Fernwärme konnte kräftig erhöht werden und liegt mit 21 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Eine große Rolle spielt dabei die im Dezember 2021 in Betrieb genommene Power-to-Heat-Anlage, bei der die überschüssige Stromproduktion aus der Windkraft für die Wärmeversorgung genutzt wird.

Die „Bestseller“ für wirkungsvollen Klimaschutz

- **Stichwort Quartiersentwicklung:** Im Jahr 2021 hat sich die Region Rügen-Stralsund erfolgreich um eine Förderung des Bundesverkehrsministeriums als „HyExpert-Region“ beworben, um unter der Beteiligung vieler Akteure aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft konkrete Wasserstoffprojekte in der Region vorzubereiten und damit einen Beitrag zum Erreichen der Klimaneutralität zu leisten. In Stralsund ist die Produktion und Anwendung von Wasserstoff im Rahmen einer Quartiersentwicklung vorgesehen. Der Rahmenplan zur Quartiersentwicklung sieht unter anderem eine Schienenanbindung mit Bahnhaltepunkt vor. Ein Teil der zukünftig in diesem Quartier entstehenden Gebäude soll zudem klimaneutral errichtet und betrieben werden. Mit der Entwicklung des nachhaltigen, klimagerechten Wirtschafts- und Wissenschaftscampus verfolgt die Stadt Stralsund ein weiteres Leuchtturmprojekt. Das Vorhaben sieht die Kombination aus Wissenschaft (Schwerpunkt IT) und Wirtschaft (Start-Ups/Unternehmen) an einem Standort vor. Die Wärme-, Strom- und Wasserversorgung für diesen Standort soll klimaneutral gestaltet werden.
- **Stichwort Bildung:** Wie funktioniert eigentlich klimaschonende Landwirtschaft? Im Rahmen eines Verbundprojektes mit zwei außerschulischen Lernorten erfahren und erleben Kinder direkt vor Ort Wissenswertes über ökologische Lebensmittelproduktion, regionale Wertschöpfung sowie klimaschonende Ernährung. Die vom städtischen Klimaschutzmanagement produzierte Broschüre „Klima kulinarisch“ sensibilisiert Verbraucher*innen für das Thema klimafreundliche Ernährung und soll aufgrund der Nachfrage überarbeitet und neu aufgelegt werden. Im Zuge einer Klimaanpassungsmaßnahme ist ein Naturlehrpfad mit einem „grünen Klassenzimmer“ in einem nicht genutzten Waldstück auf dem Gelände der Stralsunder Wohlfahrtseinrichtungen geplant. Damit wird ein bisher unzugänglicher Bereich erschlossen und dessen Artenreichtum sowie die ökologische Qualität des Waldes erlebbar gemacht. Neben den Bewohner*innen der Pflegeeinrichtung werden auch eine Kindertagesstätte und eine Grundschule, die ganz in der Nähe angesiedelt sind, von diesem Angebot in besonderem Maße profitieren.
- **Stichwort erneuerbare Energien:** Seit dem 1. Januar 2016 bezieht die Stralsunder Stadtverwaltung für ihren gesamten Stromverbrauch inklusive Straßenbeleuchtung

nachhaltigen Strom. Darüber hinaus planen die Stadtwerke, unter anderem auch zur lokalen Produktion von Wasserstoff, weitere Erzeugungsanlagen im Bereich Wind und Photovoltaik sowie die Errichtung einer Solarthermieanlage zur Wärmeversorgung eines Stadtgebietes.

- **Stichwort Mobilität:** Um die Stadt nachhaltig mobil zu machen, beschloss die Bürgerschaft als oberstes Willensbildungs- und Beschlussorgan 2017 ein entsprechendes Klimaschutzteilkonzept. Viele Maßnahmen zum Ausbau und zur Ertüchtigung der Radinfrastruktur, zu Verbesserungen für Fußgänger*innen, zur Bewirtschaftung des ruhenden Verkehrs in der Altstadt sowie zur Förderung von P+R-Möglichkeiten und Fahrgemeinschaften zur Anbindung des Umlands an die Stadt wurden bereits umgesetzt oder stehen in den kommenden Jahren zur Umsetzung an.
- **Stichwort Energieeffizienz:** Seit 2014 wird die Straßenbeleuchtung in der Stadt, z.B. in der Fußgängerzone der Altstadt, auf LED-Technik umgestellt, allein damit kann der Energieverbrauch halbiert werden. Im Rahmen des bereits erwähnten EU-Projektes wird in MINT-Klassen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) von Stralsunder Schulen in Kooperation mit der ansässigen Hochschule, der Universität Stettin und anderen ein Energie-Koffer „Powerania“ zum Thema Klimawandel, erneuerbare Energien und Energieeffizienz erarbeitet, der zukünftig den Schulen für den Unterricht bereitgestellt wird.

Klimagerechte Stadtentwicklung ist nur über komplexe Ansätze machbar

Im Rahmen einer Workshop-Reihe wurde im Jahr 2021 die Vision „Stralsund – Die grüne Stadt am Wasser 2045“ entwickelt. Dieser Bürgerbeteiligungsprozess fand im Rahmen des Projekts „Vorschlag und Erprobung eines Partizipationsportfolios zur Optimierung von Beteiligungsprozessen zur Weiterentwicklung der deutschen Klimaanpassungsstrategie (DAS)“ des Umweltbundesamtes statt, bei dem die Stadt Stralsund als Modellkommune mitwirkte. Das daraus entstandene Leitbild sowie die Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes haben große Schnittmengen zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept, das aktuell fortgeschrieben und im Frühsommer 2022 fertiggestellt werden soll. Darüber hinaus ist die Beantragung eines Klimaanpassungskonzeptes in Verbindung mit der Schaffung einer Personalstelle in Planung. Aus der Verzahnung dieser Konzepte und Strategien ergeben sich viele Synergien für eine nachhaltige und klimagerechte Stadtentwicklung.

Belastbare Daten sind nicht einfach zu bekommen

Welche „dicken Bretter“ auf dem Weg zur klimaneutralen Verwaltung noch zu bohren sind, zeigen beispielsweise ein Blick auf den Stand der aktuellen Digitalisierung oder die Versuche, zu einer einheitlichen Bilanzierungsdatenbasis zu gelangen. Dabei sind konkrete Zahlen wichtig, um den eigenen Fortschritt beim Erreichen der gesetzten Klimaziele zu „überwachen“. Auch für eine gute Klimakommunikation vor Ort

Straßen- und Freiräume mehr Grün auf öffentlichen Flächen

Der Blick in die Zukunft: Visionen von und mit den

→ Stralsund 2045



© Marie-Pascale Gafinen/ UBA (FKZ 3718/481990)





© LandWert Schulbauernhof

wären Monitoring und Evaluation der Wirkung von umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen von Bedeutung. Die Menschen erwarten aktuelle, konkrete Fakten, das gilt nicht nur für die Politik, sondern auch für die Bürger*innen. Insgesamt ist hier die Erwartungshaltung in der letzten Zeit sehr gestiegen, und die Enttäuschung ist groß, wenn zwei Jahre alte Daten vorgelegt werden. Ein

wirklich systematisches Monitoring ist in Stralsund aktuell auch deshalb nicht möglich, weil viele relevante Bereiche außerhalb der unmittelbaren Zuständigkeit der Stadtverwaltung liegen, z.B. der ÖPNV oder die Landwirtschaft. Außerdem ist es eine Herausforderung, belastbare Verbrauchsdaten zu bekommen, um Einsparungen quantifizieren zu können. Die Coronapandemie hat diese Situation zusätzlich erschwert. Alle vorliegenden Ergebnisse werden dennoch in einem Jahresbericht an die Bürgerschaft bzw. den zuständigen Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung kommuniziert.

Treibhausgasbilanz und Tourismus

Eine spezielle Herausforderung stellt sich in Stralsund im Zusammenhang mit dem Tourismus. Mit Blick darauf, dass rund eine halbe Million Tourist*innen jährlich durchaus relevante Mengen an Treibhausgasen verursachen, wird dieser Bereich in den CO₂-Bilanzen bisher nur unzureichend erfasst.

Wo zeigen sich Auswirkungen der aktuellen Klimapolitik auf den Arbeitsalltag?

Die Menschen müssen im Klimaschutz kontinuierlich mitgenommen werden

Auch wenn die veränderte Klimaschutzgesetzgebung des Bundes sich insgesamt positiv auf die Arbeit im Klimaschutzmanagement auswirkt, wird sie von vielen Menschen noch nicht unmittelbar wahrgenommen. Es ist weiterhin erforderlich, das Engagement für den Klimaschutz vor Ort zu erklären: Die Sensibilisierung der Bürger*innen spielt nach wie vor eine wichtige Rolle, um Energie einzusparen und das Klima zu schützen. In der Bürgerschaft ist die Diskussion zu Klimaschutzaktivitäten konstruktiver geworden. Dabei leistet die Unterstützung des Oberbürgermeisters einen wichtigen Beitrag.

Haben die Bereiche Personal und Finanzen ihre Haltung zum Klimaschutz verändert?

Klimaschutz muss mit viel Engagement und begrenzten Mitteln umgesetzt werden

Auch wenn Klimaschutz eine feste Größe in Stralsund ist, stehen doch nur ein begrenztes Budget und wenige Mitarbeiter*innen zur Verfügung. Im Jahr 2020 konnten 190.000 Euro Fördermittel eingeworben werden, was mehr als dem Dreifachen

der Kosten für die Personalstelle des Klimaschutzbeauftragten entspricht. Seit April 2021 hat der Klimaschutzbeauftragte über ein EU-Projekt zum Thema erneuerbare Energien in Schulen eine Kollegin als Unterstützung an seiner Seite – allerdings befristet für 18 Monate und 20 Stunden in der Woche. Somit herrscht hier zwangsläufig eine gewisse Diskrepanz zwischen den Vorstellungen der Bundesregierung bzw. der Politik und den Möglichkeiten in der kommunalen Praxis.

Klimaschutznachwuchs am besten schon in der Schule ansprechen

Zunehmend macht sich eine weitere Herausforderung bei der Umsetzung von Klimaprojekten bemerkbar: der Fachkräftemangel. Das hat sich bei den Vorbereitungen zum EU-Projekt gezeigt. Hier war es extrem schwierig, Personal zu gewinnen. Aber auch Handwerksbetriebe sind nicht einfach zu bekommen. Allein die Vorlaufzeit von Projekten verlängert sich dadurch spürbar, vom Rest ganz zu schweigen. Um dem langfristig entgegenzuwirken, müssten Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels noch viel intensiver als Themen in die Schulbildung integriert werden. Hier fehlt es an einer Strategie. Auch die Lehrerschaft müsste in diesen Bereichen systematisch fortgebildet werden.

Sind „Fridays for Future“ und „Klimanotstand“ in der Kommune angekommen?

Fridays for Future wieder weniger sichtbar

Als die Fridays-for-Future-Bewegung bundesweit ihre Dynamik entfaltete, war die lokale Bewegung auch in Stralsund sehr aktiv. Es gab Gespräche mit dem Oberbürgermeister und dem Klimaschutzmanagement. Inzwischen sind die Aktivitäten der Fridays-for-Future-Gruppe weniger bzw. weniger sichtbar geworden. Allerdings setzt die Stadtverwaltung schon lange auf Vielfalt und Integration: 2009 hat sie einen Klimarat unter der Leitung des Oberbürgermeisters gegründet, der sich aus Akteuren aus den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Verwaltung zusammensetzt und sich an der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes beteiligt hat. Mit der Erarbeitung des Vorreiterkonzeptes soll der Klimarat wieder aktiver in die Stralsunder Klimaschutzaktivitäten eingebunden werden.

Zum Thema Klimanotstandsbeschluss wurde in Stralsund von Fraktionen der Bürgerschaft eine Vorlage erarbeitet, vorgelegt – und mehrheitlich von der Politik abgelehnt. Die von der Ablehnung betroffene Durchführung einer Klimarelevanzprüfung wäre mit den vorhandenen Personalkapazitäten auch schwierig in der Umsetzung, da jährlich rund 200 Beschlüsse dieses Prüfverfahren durchlaufen müssten.

Die Aktion „Mal nachgefragt“ fand im Rahmen des vom Bundesumweltministerium geförderten NKI-Projektes „Klimaaktive Kommunen – Ideenpool und Wegweiser“ statt. Zur Jahreswende 2021/22 wurden ausgewählte Mitgliedskommunen des bundesweiten Arbeitskreises Kommunaler Klimaschutz (AKK) befragt. Der AKK besteht überwiegend aus Vertreter*innen aus Preisträgerkommunen des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune“ (bis 2015 „Kommunaler Klimaschutz“), Vertreter*innen der kommunalen Spitzenverbände, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund, sowie dem organisierenden und fachlich begleitenden Deutschen Institut für Urbanistik. Der Arbeitskreis beschäftigt sich mit Themen rund um den kommunalen Klimaschutz. Mit verschiedenen Veröffentlichungen gibt der Arbeitskreis konkrete Hinweise zu aktuellen Fragestellungen. Zielgruppen sind die Verwaltungen in Kommunen ebenso wie Entscheidungsträger*innen auf politischer Ebene.

Ansprechpartner: Deutsches Institut für Urbanistik, Tel. 0221 340308 12, www.difu.de